



---

## Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

### „Dürfen wir alles was wir wollen und wollen wir alles was wir dürfen?“

Prof. Dr. Bernard , Kulturwissenschaftler und Autor

Prof. Dr. Franz Geisthövel, Reproduktionsmediziner

Dr. des Carina Dorneck, Juristin

Dr. Marion Janke, Ärztin und Psychotherapeutin

Luisa Boos, Politikerin, Generalsekretärin der SPD in Baden-Württemberg

Moderation Prof. Dr. Ursula Weber, Duale Hochschule Stuttgart

Wenn der Begriff von Familie sich gesellschaftlich über die Jahrhunderte als wandlungsfähig erwiesen hat, warum sollte man das reproduktionsmedizinische Angebot nicht dem Markt überlassen, statt es streng zu reglementieren? Genau dies sei die momentane Situation, so die Einschätzung von Prof. Bernard. Wer genügend Geld habe, könne sich alle Verfahren leisten und sie im Ausland einkaufen.

Prof. Geisthövel verteidigte das Embryonenschutzgesetz und die in Deutschland geltenden Einschränkungen aus ethischen Überlegungen heraus als kluge Regelung, die durchaus Spielräume lasse und nur richtig gelesen werden müsse. Anpassungen könnten vorgenommen werden, so etwa werde ab 1.7.2018 ein bundesweites Samenspende-Register eingeführt. Carina Dorneck hält dagegen eine Neuregelung durch ein Fortpflanzungsmedizinengesetz für längst überfällig. Nicht nur der Stand der Wissenschaft habe sich seit 1991 verändert, sondern auch gesellschaftliche Wertanschauungen. Die Politik drücke sich.

Luisa Boos wollte dies nicht stehen lassen und verwies auf den fehlenden gesellschaftlichen Konsens für eine grundsätzlich neue Regelung. Ob die Verwirklichung der eigenen sexuellen und reproduktiven Rechte auch den Zugriff auf Ressourcen von Dritten rechtfertige, sei sehr umstritten. Zu viele Güter bis hin zu Fragen der Identitätsbildung seien berührt. Die Einschätzungen verliefen dabei nicht entlang von Parteigrenzen. Die bestehenden Regelungen könnten auch in Teilbereichen angepasst werden, wenn sich dafür Mehrheiten fänden.

Prof. Bernard lenkte den Blick auf die reproduktionsmedizinisch gezeugten Kinder. Sie würden oft nicht oder sehr spät aufgeklärt und könnten nichts über ihre genetische Herkunft erfahren, wenn sie mit Hilfe einer anonymen Samen- oder Eizellspende im Ausland gezeugt wurden. Auch Marion Janke hält die Atmosphäre der Heimlichkeit, die aus der Kriminalisierung von Verfahren wie der Eizellspende resultiere, für ein großes Problem, vor allem für die betroffenen Familien. Wie solle man Kinder

aufklären, wenn über ihrer Entstehung ein gesellschaftliches Tabu liege? Verfahren in Deutschland kontrolliert zuzulassen, würde Offenheit begünstigen und Kindern und Eltern enormen Druck nehmen. Sie sieht unabhängige Beratung von Kinderwunschpaaren als zentrale Anforderung, es gehe um informierte Entscheidungen. Dafür müsse das Angebot ausgebaut werden. Sie vermisst in Deutschland eine Beratungskultur: wer Beratung suche, setze sich hierzulande dem Verdacht aus, psychisch mindestens instabil zu sein. Allerdings hielt sie nichts von einer Pflicht zur Beratung, die am Nachmittag Thema der Diskussion war.

Aus dem Publikum, das nicht nur aus den Teilnehmer\*innen des Fachtags, sondern auch aus weiteren Interessierten bestand, die die Abendveranstaltung unabhängig vom Fachtag besuchen konnten, wurden ergänzende Aspekte angesprochen. Kritisiert wurde die gesellschaftliche Norm, die vorgebe, dass Kinder unbedingt dazu gehörten und ohne Kinder kein erfülltes Leben gelebt werden könne. Das sei falsch und schaffe Druck. Weiter wurde kritisiert, dass die in Deutschland bestehenden Regelungen so viele ausschließen, etwa Alleinstehende und homosexuelle Paare. Hier herrsche in veraltetes Familienbild vor. Gleichzeitig wurden auch Stimmen laut, die nach der Richtung von Veränderungen fragten: Eine breite gesellschaftliche Diskussion könne auch zu weiteren Einschränkungen anstatt zu Öffnungen führen. Während die Zulassung der Eizellspende und die Regelung Embryonenadoption in den Beiträgen positiv bewertet wurden, zeigte sich großes Unbehagen und Ablehnung gegenüber der Zulassung der Leihmutterschaft.

Gudrun Christ  
pro familia Baden-Württemberg